

S O D K – Konferenz der kantonalen
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren

C D A S – Conférence des directrices et directeurs
cantonaux des affaires sociales

C D O S – Conferenza delle direttrici e dei direttori
cantionali delle opere sociali



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren

Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police

Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantionali di giustizia e polizia

An die Mitglieder der Konferenz der kantonalen
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK
sowie der Konferenz der Kantonalen Justiz- und
Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD

Bern, 21. Oktober 2022

Reg.: gsz 10-424

15. Newsletter Ukraine-Krise: Aktuelle Informationen an die Kantone

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin

Sehr geehrter Herr Regierungsrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Im SONAS von dieser Woche standen für einmal nicht die Herausforderungen im Zusammenhang mit den Schutzsuchenden aus der Ukraine im Fokus, sondern der Anstieg der Gesuche im ordentlichen Asylverfahren. Nach einem Zuwachs im Sommer verzeichnete das SEM im September knapp 2'700 Asylgesuche – und musste deshalb seine Prognose insofern anpassen, als es nun das Szenario «hoch» als das wahrscheinlichste erachtet: 22'000 (+/-2'500) ordentliche Asylgesuche im Jahr 2022. Zu dieser Situation trägt bei, dass Serbien etlichen Staaten die visumsfreie Einreise erlaubt, deren Staatsbürger dann über die Ostroute in westeuropäische Länder weiterreisen und dort um Asyl ersuchen. Zwar stellt die Schweiz kein primäres Zielland, sondern für viele ein Transitland dar. Gleichwohl stieg die Anzahl Asylgesuche im September auf einen Monatswert, wie man ihn seit der Syrienkrise 2014/2015 nicht mehr kannte. Wichtigste Herkunftsländer der Asylsuchenden sind Afghanistan, Türkei und Burundi. Zu dieser Hausse im ordentlichen Asylwesen kommen die 80'000 bis 85'000 Schutzsuchenden aus der Ukraine (bis Ende Jahr) hinzu. Bereits haben (Stand 19.10.22) knapp 66'300 Personen um den Schutzstatus ersucht. Bei rund 3'600 Personen ist der Schutzstatus allerdings wieder erloschen, weil sie aus der Schweiz ausgereist sind.

Vorzeitige Zuweisungen an die Kantone nicht auszuschliessen

Die bereits stark belasteten Kantone und Gemeinden sowie der Bund arbeiten intensiv daran, noch mehr Unterbringungsplätze und personelle Ressourcen für die Betreuung der Asylsuchenden und der Schutzsuchenden aus der Ukraine bereit zu stellen. Gemäss Informationen aus dem SONAS stehen dem Bund dank der verlängerten oder zusätzlichen Nutzung verschiedener Objekte der Armee ab Ende November weitere 9'500 Plätze zur Verfügung. Gleichzeitig lotet der Bund bei einzelnen Kantonen aus, ob er von ihnen temporär Strukturen mieten könnte, die sie für Schutzsuchende geschaffen haben, die zurzeit aber noch leer stehen. Sollte es nicht gelingen, mit solchen und anderen Massnahmen die Anzahl Bundesplätze nochmals markant zu erhöhen, muss der Bund möglicherweise Personen aus dem regulären Asylverfahren vorzeitig – das heisst vor Abschluss der

–
Generalsekretariat Secrétariat général Segreteria generale
Speichergasse 6 Postfach 3001 Bern 031 320 29 99 office@sodk.ch www.sodk.ch

1/2

beschleunigten Verfahren – den Kantonen zuweisen. Dieses Szenario könnte dann eintreffen, wenn deutlich mehr als 2'500 neue Asylgesuche pro Monat gestellt werden. Das SEM wird die Kantone über diese Option, die in Art. 24 Abs. 6 AsylG vorgesehen ist, per Schreiben in diesen Tagen informieren.

Mehr Personal und Beschleunigungsmassnahmen sollen Pendenzen reduzieren

Aufgrund der steigenden Asylgesuchzahlen hat das SEM zusätzliches Fachpersonal rekrutiert, um die notwendigen Verfahrensschritte durchführen zu können. Das Personal wurde in den letzten Wochen ausgebildet und kann nun mit der Arbeit beginnen – weshalb das SEM zuversichtlich ist, ab Ende Jahr die Eintritte wieder abarbeiten zu können. Zurzeit hat es allerdings fast 8'000 Pendenzen angehäuft. Auch hat das SEM zusätzliche Massnahmen ergriffen, um die Asylverfahren weiter zu beschleunigen – insbesondere bei Gesuchen von Personen aus Afghanistan, den Maghreb-Staaten sowie von Personen aus Heimat- und Herkunftsstaaten, in denen keine Verfolgung droht. Diese Massnahmen sowie die im Winter normalerweise abflauenden Asylbewegungen sollen dazu beitragen, dass sich die Situation ab Neujahr wieder normalisiert.

Keine Aufhebung des Schutzstatus

Die Kantone hatten den Bund schon mehrmals darauf hingewiesen, dass es für sie im Hinblick auf eine vorausschauende Planung wichtig wäre zu wissen, ob der Schutzstatus aufgehoben wird oder die Schutzsuchenden länger in der Schweiz verbleiben. Staatssekretärin Christine Schraner Burgener teilte nun im SONAS mit, nach Ansicht des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) solle der Schutzstatus im Einklang mit den Entscheidungen der EU grundsätzlich bis im Frühjahr 2024 fortbestehen. Dies unter dem Vorbehalt, dass sich die Situation in der Ukraine nicht grundlegend ändert. Konkret würde dies bedeuten, dass sämtliche Ausweise bei Ablauf verlängert würden. Ebenso will das EJPD den finanziellen Betrag des Bundes an die Kantone zur Unterstützung von Sprachkursen und anderen Massnahmen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt fortführen. Der finanzielle Beitrag von 3'000 Franken pro Person würde also auch für ein zweites Jahr gesprochen. Das EJPD wird noch im November dem Bundesrat einen entsprechenden Antrag auf Nicht-Aufhebung des Schutzstatus und Fortführung des Unterstützungsbeitrages unterbreiten. Die Kantone sind gebeten sich zu äussern, ob sie dieses Vorgehen unterstützen. Rückmeldungen sind bis am **Donnerstag, 27. Oktober 2022** an folgende Adresse zu richten: ksa@sem.admin.ch. Die Konferenzen SODK und KKJPD werden eine positive Stellungnahme verfassen.

Wir hoffen, diese Informationen sind Ihnen dienlich und wünschen Ihnen ein erholsames Herbstwochenende.

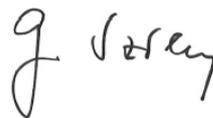
Freundliche Grüsse

**Konferenz der Kantonalen Justiz-
und Polizeidirektorinnen und -direktoren**



Florian Düblin
Generalsekretär KKJPD

**Konferenz der kantonalen
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren**



Gaby Szöllösy
Generalsekretärin SODK

Link zur aktuellen Medienmitteilung des EJPD:

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-90797.html>

—
Generalsekretariat Secrétariat général Segreteria generale
Speichergasse 6 Postfach 3001 Bern 031 320 29 99 office@sodk.ch www.sodk.ch

2/2